

Die GoG ist eine parteiunabhängige
Gruppe bei GM/Opel in Bochum
Treff: jeden Dienstag, 17.00 Uhr
Kulturnahnhof Langendreer, Raum 6
visdp: W. Hajek,
co: soz.-kult. Zentrum, Wallbaumweg 108

Gegenwehr ohne Grenzen

Nr. 26 - Juni 2003

GoG-Info

Unternehmer fordern – Regierung folgt – Und wir...?

Die wirtschaftliche Macht liegt hierzulande und fast überall in der Welt beim Kapital, beim großen Geld. Einer seiner führenden Repräsentanten in Deutschland ist Herr Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie. Er forderte vor der Bundestagswahl 2002 "mutige Schritte" auf dem Weg zur Deregulierung der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes. Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte müssten eingeschränkt, ein subventionierter Niedriglohnsektor müsse flächendeckend eingeführt werden. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik forderte Rogowski eine deutliche Reduzierung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, die Heraufsetzung des Rentenalters, die Absenkung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Auch das Niveau der gesetzlichen Rente fand er noch viel zu hoch. In der Steuerpolitik forderte er weitere spürbare Entlastungen für die Unternehmen. **Genau dieses Programm will die Bundesregierung derzeit umsetzen!** Aber es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß sich Herr Rogowski nun befriedigt zurücklehnen würde. Alle Erfahrung lehrt: Je mehr das Kapital zu fressen bekommt, desto hungriger wird es. Nun behauptet Schröder bei jeder Gelegenheit, zu dieser Politik gebe es keine Alternative:

»Es muß gespart werden«

Was heißt überhaupt sparen?

„Es muß gespart werden“ - wieso eigentlich? Und was heißt überhaupt sparen? Sparen bedeutet, Geld zurücklegen für spätere größere Anschaffungen oder für etwaige schlechtere Zeiten. Aber wenn die tonangebenden Politiker verschiedener Parteien „sparen“ sagen, meinen sie etwas ganz anderes. Sie meinen: die Armen ärmer machen. Sie meinen Umverteilung von unten nach oben, so daß die Reichen noch reicher werden. Da wird kein Geld zurückgelegt, da wird nichts gespart, im Gegenteil. Wenn sie von sparen reden, ist das Irreführung der Öffentlichkeit, Mißbrauch des guten altvertrauten Wortes sparen.

Und wenn sie sagen: „Es muß gespart werden“, statt offen anzukündigen, daß sie uns unser Geld wegnehmen, unsere sozialen Rechte beschneiden, Sozialleistungen abschaffen wollen, dann versuchen sie mit diesem „Es muß“ immer nur den heiligen Sachzwang vorzuschieben, der das angeblich gebietet und keine Alternative läßt. Auf die Frage nach den Zielen ihrer Politik bekommen wir wechselnde Antworten. Zum Beispiel sagen sie, ihr vorrangiges Ziel sei der Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Später scheint das dann ein Mißverständnis gewesen zu sein: Deutlich reduziert wird nicht die Massenarbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Oder sie sagen, vorrangiges Ziel sei der Schuldenabbau, davon hänge die zukünftige Leistungsfähigkeit des Staates ab. Auch das klingt nicht schlecht. Tatsächlich aber nimmt die Verschuldung weiter zu! Dann heißt es: Nein, vorrangiges Ziel sei das Wirtschaftswachstum, davon hänge alles ab, auch der Schuldenabbau, auch der Abbau der Arbeitslosigkeit. Und nun warten wir auf den verheißenen Aufschwung, der im vorigen Frühjahr kommen sollte und dann im Herbst und dann im Frühjahr 2003, im nächsten Quartal, im übernächsten, irgendwann vielleicht doch noch, aber keiner weiß, woher der Aufschwung kommen soll. Kurz: All die angeblich vorrangigen Ziele der Politik scheinen denen, die sie uns in Sonntagsreden verkünden, doch nicht so wichtig zu sein. Offenbar gibt es andere Ziele, die ihnen wichtiger sind.

Wir wissen es:

Es gibt ein Programm, das Politiker unterschiedlicher parteipolitischer Färbung sorgfältig Punkt für Punkt abarbeiten: das Rogowski-Programm zur verschärften Ausbeutung, zur Ansammlung von Milliarden und Abermilliarden, mit denen das große Geld auf dem Weltmarkt spekuliert und, je mehr Spekulationen platzen, um so gieriger spekuliert.

Wo steckt das Geld? Warum ist der Sozialstaat, der in Zeiten viel geringerer Produktion und Produktivität funktioniert hat, heute angeblich nicht mehr zu finanzieren?

Als Entschuldigung für alle Verschlechterungen unserer sozialen Lage und unserer Zukunftsaussichten hören wir immer wieder: Es sei kein Geld da. Eine glatte Lüge. Gewiß, die Kommunen leiden unter knapper werdenden Finanzen – unter anderem deswegen, weil sie infolge der Massenarbeitslosigkeit immer mehr Geld für Sozialhilfe aufwenden müssen und weil ihnen die Steuerpolitik des Bundes Einnahmequellen verschließt. Allein die Gewinnsteuern fielen von 2000 auf 2001 um 30 Milliarden Euro! Ende des sogenannten „Sozialstaats“? Wir brauchen Kindergärten, Schulen, Hochschulen für alle, um die Bildungsprivilegien der Reichen zu überwinden. Wir brauchen Krankenhäuser, in denen alle so behandelt werden, wie es ihre Krankheit erfordert, nicht wie es ihr Kontostand erlaubt.

Wir brauchen eine Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die allen in gleicher Weise zur Verfügung steht. Ja, das verbindet man mit der Forderung nach dem „Sozialstaat“, der die Bundesrepublik Deutschland laut Gesetz immer noch sein soll, der aber angeblich nicht mehr finanzierbar ist. Seit Jahren wird staatliche Infrastruktur privatisiert, kommerzialisiert; das Gemeinwesen, das wir und frühere Generationen geschaffen haben, wird verhökert, privatem Gewinnstreben ausgeliefert, und was dann keinen unmittelbaren Gewinn bringt – dazu gehören viele Bildungs- und Kultureinrichtungen – wird in Frage gestellt. Auf die Steuerzahlungen der Reichen verzichtet der Staat großzügig.

Die große Verschwendung

Ein Staat, der die Reichen, wie regierende Politiker freundlich sagen, entlastet und dafür die Armen mehr und mehr belastet, hört auf, ein „Sozialstaat“ zu sein. Und es ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit, wenn tonangebende Politiker behaupten, es sei kein Geld da – nachdem sie selber die Vermögenssteuer abgeschafft haben, die in anderen westlichen Industriestaaten weiterhin erhoben wird. Seit vorigem Jahr verzichtet Minister Eichel unter anderem auch auf die Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und läßt sich dadurch zig Milliarden Euro entgehen.

Zu dem inhumanen Irrsinn einer Politik im Sinne des Rogowski-Programms gehört es, die Arbeitszeit nicht weiter zu verkürzen, wie es dem technischen Fortschritt entspräche, sondern die Arbeitszeit

wieder zu verlängern. Seit mehreren Jahren schon ist diese Gegenreform im Gange, die sich als Reform tarnt. Man hat zum Beispiel – das war noch unter Kohl und Blüm-, die Jahresarbeitszeit durch Abschaffung eines Feiertags, des Buß- und Bettags, verlängert. In vielen Betrieben haben die Unternehmer die Betriebsräte unter Druck gesetzt, einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit zuzustimmen. Und Herr Rürup schlägt nun vor, die gesetzliche Lebensarbeitszeit zu verlängern, auf 67 Jahre; Mitglieder der Bundesregierung stimmen sofort zu. Die Ausbeutung verschärft sich ... Das große Geld, das national und international regierende Kapital, entzieht uns, was die Arbeiterbewegung in Generationen mühsam geschaffen und tapfer erstritten hat.

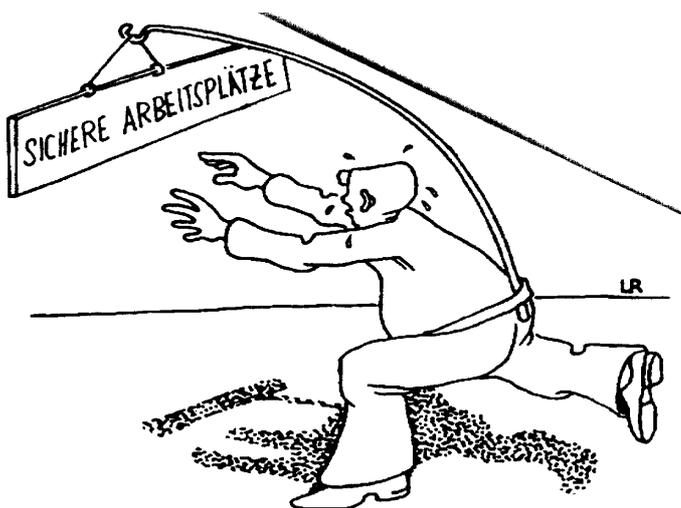
Aber wenn uns das alles Stück um Stück entzogen werden kann, halten wir es offenbar nicht genug fest. Sind wir machtlos dagegen?

Was geschieht in den Betrieben, wo die Unternehmer am empfindlichsten sind? Müßten nicht in den nächsten Tagen überall die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zusammenkommen, um über die „Agenda 2010“, die Agenda des Kapitals, durch die sich unsere Lage weiter drastisch verschlechtern soll, und über die Gegenwehr zu beraten?

Wir, alle Lohnabhängigen in Deutschland, ob in Fabriken, Kaufhäusern, Banken, oder Schulen, ob arbeitslos oder in Minijobs, wir müssen wie unsere KollInnen in Frankreich und Österreich massenhaft auf die Straße!

Die führenden Leute in unseren Gewerkschaften wollen das offensichtlich nicht. Besonders die Belegschaften in den Großbetrieben sind jetzt gefordert!

(Der Text ist im wesentlichen aus einem Artikel von dem Journalisten Eckart Spoo, Junge Welt v. 8.5.2003)



Viele Räder standen still

Proteststreik von 4.000 Arbeitern gegen Schröders Sozialraub in Schweinfurt

Schweinfurt, den 29. April 2003, 9 Uhr vormittags.

Am Haupttor von ZF Sachs im Schweinfurter Süden wehen rote Fahnen der IG Metall. Langsam kommen die ersten Arbeiter aus den Fabrikhallen. Die Kolleginnen und Kollegen wollen gegen die geplante „Streichung des Krankengeldes“, gegen die „Reduzierung des Kündigungsschutzes“, gegen die „Kürzung des Arbeitslosengeldes“ durch die Schröder-Regierung auf die Straße gehen, wie es in dem Aufruf zur „Protestaktion“ der IG Metall Schweinfurt heißt. An ihren Gesichtern kann man den Ernst der Lage ablesen. Einige Hundert versammeln sich am Tor. Auf ihren Transparenten ist zu lesen: „Denk ich an Rürup und an Hartz – wird mir vor den Augen schwarz“, „Schröder, Stoiber, Rürup, Merkel – sozialpolitisch alles Ferkel“ und zwei Schweine sind auch darauf zu sehen. Kurz nach 9 Uhr setzt sich der Demonstrationzug in Bewegung. Angeführt von dem Transparent: „Hartz, Rürup – was noch? Widerstand gegen Sozialraub“ und vielen Fahnen der IG Metall. Vorbei an der Kugellagerfabrik SKF, wo sich noch einige Hundert Blaumänner einreihen. Ein imposanter Zug bewegt sich zum Kundgebungsplatz. Dort sind inzwischen dreitausend Kolleginnen und Kollegen von ZF Sachs,

SKF, Bosch Star Rexrot, FAG Kugelfischer u.a. aus dem Schweinfurter Norden eingetroffen.

Insgesamt stehen viertausend Metallarbeiter gegen die Pläne Schröders vor der Rednerbühne. Ihre Haltung haben sie unmißverständlich mit Pinsel und Farbe auf den Stoff gemalt: „Sozialabbau ist Krampf. Ihr fordert uns zum Kampf“, „Jugend kämpft mit“ und „Gegenwehr. Schröder, wir kuschen nicht. Generalstreik“.

Betriebsräte der großen Metallfabriken sprechen. Sie sprechen über den Ernst der Lage und warnen vor dem Systemwechsel durch Schröders Sozialabbau. Sie sprechen über die Angriffe auf die Gewerkschaften. Sie erinnern an die Verschlechterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Kohl-Regierung im Jahre 1996 und die Kollegen auf dem Platz erinnern sich noch sehr genau an die Streiks dagegen. Sie sprechen davon, wie sie damals den Kampf organisierten und dieser Stück für Stück anwuchs. Bis schließlich über 350.000 in Bonn gegen Kohl demonstrierten.

Heute, so verlangen sie, müssen wir nach Berlin. Nach ihnen spricht Jürgen Peters, zweiter Vorsitzender der IG Metall. Zum Schluß erklärt der Schweinfurter IGM-Bevollmächtigte den zweieinhalbstündigen Protest zu einem ersten Auftakt, bei dem es nicht bleiben kann. Andere müssen folgen und es muß zu bundesweiten Protesten kommen.

Absatzflaute sollen wir wieder zahlen was wir nicht zu verantworten haben?

Gerade noch Sonderschichten, jetzt 3 Tage komplett Produktionsruhe plus 17 Tage für die Astralinie. Das heißt dann nächstes Jahr: willkommen Samstag als Regalarbeit. Fast jede Samstagfrühschicht das ganze Jahr, für Nüsse. Muß man da nicht mal zwei, drei Fragen stellen:

woran liegt es? - sind zu viele Autos da? - haben die Leute zu wenig Geld? - warum werden die Autos dann nicht billiger verkauft? - warum sollen wir zahlen? - sind wir daran schuld, daß es immer weniger Menschen gibt, die sich ein Auto leisten können? - warum muß das Kapital in jeder Situation der Nutznießer sein? - warum geht's nicht mal auf Kosten der Profite? - warum fordern wir nicht: „voller Lohn bei Kurzarbeit?“

Angriff auf den Samstag abgelehnt!

Seit einigen Monaten verhandelt der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung über eine Erhöhung der Getriebeproduktion. Durch ein zusätzliches Getriebevolumen für Mexiko soll die Jahresproduktion auf 600.000 Getriebe erhöht werden. 540.000 Getriebe können im 3-Schichtbetrieb von Mo.-Fr. gefertigt werden. Für das Mexiko-Volumen von ca. 60.000 Getrieben, verlangt die Geschäftsleitung eine kostenneutrale Produktion unter Einbeziehung der Samstag - Früh-, Spät- und Nachtschicht. Ersatzweise erhalten die Beschäftigten des Getriebebaus freie Tage in der Woche. Angeblich seien 600.000 Getriebe pro Jahr, nur unter Einbeziehung einer 6-Tage-Woche produzierbar. 80 Arbeitsplätze könnten dadurch im Getriebebau „gesichert“ werden. Wenn der Betriebsrat einem flexiblen Arbeitszeitmodell mit einer 6-Tage-Woche zustimmt, ist das Unternehmen bereit, den Motorbau, der 2004 geschlossen werden soll, bis 2005 weiter produzieren lassen. 80 Beschäftigte könnten ab Januar 2004 vom Motor in den Getriebebau wechseln. Was für eine tolle Arbeitsplatzsicherung!!!

Dies hat der Betriebsrat abgelehnt! Die Gespräche mit der Geschäftsleitung laufen weiter!

Metaller-Kampf um die "35-Stunden" im Osten! Vorbild: fauler Kompromiß in den Stahl-Betrieben?
In der Stahlindustrie soll ab 1.4.2005 die Arbeitszeit schrittweise bis 2009 auf 35 Stunden verkürzt werden. Mit einer Revisionsklausel im Falle wirtschaftlicher (sprich Profit-) Probleme kann die Einführung weitere Male verschoben werden! Bei langsamer, schrittweiser Einführung wird die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung natürlich geschmälert, bzw. verpufft vollkommen an den sowieso ständigen Bemühungen der Kapitaleseite zur Rationalisierung, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitsverdichtung. Das Ergebnis kam zustande, ohne daß die gewerkschaftliche Kampfkraft der Stahlkollegen auch nur annähernd eingesetzt wurde.



In der Metall- und Elektroindustrie gehen die Kämpfe weiter, trotz unglaublicher Hetze gegen die Streikenden in allen öffentlichen Medien seitens der Unternehmer wie der Regierung. Es gibt wohl Widerstand an der Gewerkschaftsbasis, den faulen Kompromiß der Stahlindustrie zu übernehmen. Die Gewerkschaftsspitzen werben für den Stahlabschluß als Vorbild. Das wäre wieder ein Kniefall vor Schröder/Fischer, denn ein konsequenter Kampf für die eigenen Interessen kratzt weiter an der ohnehin angeschlagenen Regierung.

Um so wichtiger ist unsere Solidarität mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen im Osten!

Manch einer auf Kapitaleseite aber auch in

den Gewerkschaftsspitzen wird sich sagen, wenn im Osten die Einführung der 35-Stundenwoche über viele Jahre hinausgezogen wird, stopfen wir damit auch den ewigen Arbeitszeitverkürzungs-Schreiern im Westen das Maul.

Im Westen gibt es aber keinen Grund zur Verzögerung.

In West und Ost muß der Kampf für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich auf die Tagesordnung!

Wer Arbeitslosigkeit reduzieren will, muß Arbeitszeit reduzieren, mit vollem Lohnausgleich.

Und zudem hat man mehr vom Leben.

„Nebensache Mensch“

Ein neues Buch mit 1000 astreinen Argumenten!

Rainer Roth, endlich mal ein Professor, ein Sozialwissenschaftler mit verständlicher Sprache, liefert uns mit seinem neuen Buch „Nebensache Mensch“ eine tolle Hilfestellung: genau zu kapieren, was hinter dem zentralen Problem der Massenarbeitslosigkeit steckt. Und was für faule Gründe und Rezepte uns die Unternehmer, Politiker und oft auch Gewerkschaftsspitzen einbläuen, damit wir ihnen glauben und folgen sollen. Keine Angst vor den 600 Seiten! Man kann wunderbar in den übersichtlichen, kleinen Kapiteln rumlesen und findet 1000 Argumente!

Das Buch kriegt man für 15,00 • im Buchhandel

Verlag: DVS - Digitaler Vervielfältigungs- und Verlagsservice, Frankfurt, Mai 2003

ISBN 3-932246-39-X).

Wer sich unserer Sammelbestellung wegen günstigerem Preis anschließen will, kann uns Bescheid geben!
gog@conaktion.de

Neulich

.....hat sich mein Kollege wieder geärgert als er bei dem heißen Wetter zur Mittagschicht mußte. Sein arbeitsloser Nachbar hatte ihm, (mit der Bierflasche von der Bude aus) noch einen aufmunternden Gruß mit auf den Weg gegeben.

So wie mein Kollege glauben viele noch, daß Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Saus und Braus leben. Das ist die Grundlage für eine gewisse Akzeptanz, wenn gerade bei sozial Schwachen weiter gekürzt wird. Die haben es ja, man selber hat ja Arbeit, geht jeden Tag malochen und zahlt Beiträge und die werden immer höher. Arbeitslose Ledige erhalten nur 60 % ihres früheren Nettoverdienstes an Arbeitslosengeld, in der Regel für maximal 12 Monate. Nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit muß jeder jede Arbeit annehmen, die netto soviel bringt wie das Arbeitslosengeld. Sonst gibt es kein Geld mehr. Nach einem Jahr gibt es nur noch Arbeitslosenhilfe. Das sind 53 % des früheren Nettolohnes. Die gibt es aber nur bei Bedürftigkeit. Ersparnisse darf man nur wenige tausend Euro haben. Andere Einkünfte und die des Lebenspartners werden angerechnet. Die „Reformen“ sehen eine Gleichschaltung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe vor.

Die Kaufkraft der Sozialhilfe sinkt, weil sie nicht mehr der Preissteigerung angepaßt wird. Ein Haushaltsvorstand erhält zur Zeit 293 Euro. Er muß zuvor sein Erspartes fast vollständig aufbrauchen und sein Auto verkaufen. Das Sozialamt übernimmt die Miete für eine angemessene Wohnung. Der Zuschuß für Kleidung und Haushaltsgegenstände beträgt pauschal etwa 20 Euro pro Monat.

Wenn sich wieder einer ärgert, weil er malochen muß und die da an der Bude stehen und saufen, dann sag ich nur: stell dich doch einfach dazu.



Diese Riesensauerei dürfen wir uns nicht gefallen lassen!

Dirk Bresser muß VK-Leiter bleiben!

1.) Am 20.1.2003 hat Ludger Hinse, Chef der Bochumer IGM, ordnungsgemäß dem IGM-Vorstand geschrieben: „Aufgrund unserer Vertrauensleute-Vollversammlung vom 19.1.2003 wurden als Kandidaten für den Aufsichtsrat gewählt: 1. Dirk Bresser, VK-Leiter und 2. Dietmar Hahn, BR-Vorsitzender.“ Damit hatten die V-Leute eine Regel bestätigt, die über 25 Jahre anerkannt worden ist: zwei aus Bochum kommen in den Aufsichtsrat (AR), der VK-Leiter und der BR-Vorsitzende.

2.) Dann der Knall: Dirk Bresser nicht! Den dürft Ihr nicht wählen! Ungeeignet! - Angeführt vom Rüsselsheimer BR-Vors. Klaus Franz begann eine unglaubliche Kampagne gegen die Abstimmung der Bochumer V-Leute und die Person von Dirk Bresser. Dabei auch Ludger Hinse: „Wichtigtuerei und Eigensinn“ warf er Dirk vor (Brief an alle V-Leute 24.2.2003) unter eindeutiger Mißachtung der V-Leute-Entscheidung.

3.) Reaktion der Bochumer Belegschaft: knapp 4 000 Kolleginnen und Kollegen, fast 70% wählen am 3.4.2003 die Kandidaten-Liste mit Dirk Bresser an der Spitze. Die eigene Liste war von der VK-Leitung wie von den allermeisten V-Leuten als einzig mögliche Reaktion verlangt worden, um ihren Kandidaten als einen der 6 Arbeitnehmer im AR durchzusetzen. Die überwältigende Mehrheitsentscheidung der Bochumer Belegschaft erzwang dann die erfolgreiche Wahl von Dirk in den Aufsichtsrat.

4.) Wütendes Aufheulen der Verlierer: „Dirk und sein Stellvertreter Uwe Spickenreuther haben die IGM geschädigt! Verfahren nach §10 der Satzung!“ Der BR-Vors. Dietmar Hahn, unterstützt von den Anklägern aus Rüsselsheim und Kaiserslautern und den Beisitzern Heinz Schreiber, Bochumer Ex-BR, und H.Leis (Kais.ltn) verlangt „Funktions- und Versammlungsverbot für mindestens 3 Jahre!“ Die Angeschuldigten und ihre 2 Beisitzer Wolfgang Schaumberg und Uli Borchers erklären: „gewerkschaftsschädigend war eher die Art und Weise, wie die Bochumer Entscheidung mißachtet wurde. Einstellung des Verfahrens!“ – „Unmöglich“, hieß die Reaktion des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Winfried Stockmann, ehemals Chef der IGM Kamen. Nach langem Hin und Her dann der Kompromißversuch, dem

auf Bitte von Dirk und Uwe dann auch ihre 2 Beisitzer zustimmten: einstimmige Empfehlung „Funktionsverbot bis 31.Mai 2004.“

5.) Fauler Kompromiß, aber zumindest absehbares Ende des Konflikts? Denkste! Als die Beisitzer



Schaumberg und Borchers das Protokoll dieses Beschlusses und seine Begründung unterschreiben sollten, hielten sie eine Ergänzung für notwendig. Gemäß der Satzung verweigerten sie ihre Unterschrift mit der Erklärung, daß sie die Einstimmigkeit ja unterstützt hatten, um den Konflikt zu beenden. Dabei aber spielte für sie wie auch für die Angeschuldigten eine zentrale Rolle, „daß der Vorsitzende der Kommission das Funktionsverbot bis zum 31.5.2004 so interpretiert hat, daß beide Kollegen ab 1.6.2004 auch alle ihre Funktionen automatisch wieder wahrnehmen würden, auch die der VK-Leitung.“ Dieser Aspekt fehlte nach Auffassung der 2 Beisitzer in der zur Unterschrift vorgelegten Begründung. Normalerweise hätte nun der einstimmige Beschluß samt Begründung plus Ergänzung von W. Schaumberg und U. Borchers an den Ortsvorstand der IGM Bochum weitergeleitet werden können. Dieser kann sich dann der Empfehlung anschließen oder beim IGM-Vorstand eine andere

Maßnahme verlangen. Dann entscheidet erst der Vorstand.

6.) Statt dessen: überraschend ein neuer Termin der Untersuchungskommission am 11.6.2003: „Entweder Ihr zieht Eure Ergänzung zum Beschluß zurück und unterschreibt das vorgelegte Protokoll, oder der einstimmige Beschluß ist aufgehoben und wir stimmen neu ab!“ – Ein unmögliches Vorgehen nach Auffassung von W. Schaumberg und U. Borchers.

In keiner Weise hatten sie ihre Zustimmung zu dem Kompromiß zurückgenommen. Was nach erfolgter Abstimmung ja auch gar nicht geht (und selbst wenn, wäre eine Mehrheit von 3 Stimmen übrig geblieben!)

Es wird ein neuer Beschluß gefaßt im Sinne des ursprünglichen Antrags von Dietmar Hahn: mit 3 Stimmen und ohne die Beteiligung von W. Schaumberg und U. Borchers wird jetzt die Empfehlung ausgesprochen: Drei Jahre Funktions- und Versammlungsverbot gegen Dirk Bresser und Uwe Spickenreuther!“ Und damit auch keine Beteiligung an der V-Leute-Wahl 2004.

7.) Was nun???

* Folgt die Bochumer Ortsleitung der IGM am 24. Juni der neuen Empfehlung?

* Wie entscheidet letztendlich der Vorstand der IGM in Frankfurt?

Wir sind an die 10.000 IGM-Mitglieder bei Opel in Bochum. Wir dürfen uns so etwas nicht gefallen lassen. Erster wichtiger Schritt jetzt: bereits mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen haben einen Brief an den IGM-Vorsitzenden Klaus Zwickel unterschrieben mit der Aufforderung, das Verfahren einzustellen! Die Anschuldigungen sind „ein Schlag ins Gesicht für alle Bochumer IG-Metaller!“ Die eigene Liste zur AR-Wahl wurde von der Belegschaft verlangt! Die gewerkschaftliche Arbeit von Dirk und Uwe ist auf allen Ebenen als hervorragend gewürdigt worden!

Die Spitzen-Funktionäre sollen die Abstimmung der großen Mehrheit der Bochumer Belegschaft und der V-Leute anerkennen!

Protestgründe

Wenn „unsere Kinder es besser haben sollen“ - warum wird an Kindergärten gespart?

Warum stecken wir die Kids in vergammelte Schulen mit überforderten Lehrern?

Wenn Qualifikation als eine Investition in unsere Zukunft gilt, warum werden Studiengebühren erhoben statt ein Ausbildungsgehalt zu zahlen?

Warum müssen immer mehr Kinder von der Sozialhilfe leben?

Warum werden Eltern und immer noch vor allem die Mütter bestraft, statt ein Erziehungsgehalt zu bekommen?

Warum verdienen Erzieher und Lehrer weniger als Personalmanager?

Warum kosten Bücher Geld und Bildung wird privatisiert?

Wenn Arbeit und Leistung das Maß aller Dinge sind, warum wird jemand bewundert, der noch nicht mal sein Klo selbst putzen kann?

Warum müssen wir mittlerweile für zwei oder drei arbeiten?

Warum spielen fast alle Beschäftigten Lotto, um diesem „Privileg“ einen Arbeitsplatz zu haben, zu entkommen?

Warum wünschen schon Zwanzigjährige, im Rentenalter zu sein, wenn Arbeit was schönes ist?

Warum haben wir nicht alle mehr Freizeit, wenn die Produktivität steigt?

Warum spricht Armut trotz Arbeit gegen die Betroffenen?

Warum bekommen Leih- und ZeitarbeiterInnen weniger Lohn, obwohl sie flexibler sein müssen und sich ständig neu einarbeiten?

Warum wird Verschwendung von Arbeitskraft und Lebenszeit für unsinnige Produkte nicht unter Strafe gestellt?

Warum ist die Arbeitskraft von Frauen und Migrantinnen billiger?

Wieso machen wir unbezahlte Überstunden, wenn der Unternehmer Scheiße baut?

Wenn Erfahrung immer wichtiger wird als körperliche Leistungsfähigkeit - warum werden die Älteren am liebsten entlassen?

Wenn bezahlte Arbeit ein knappes Gut ist, warum wird bestraft, wer sie anderen überläßt?

Warum werden die belohnt, die Arbeitsplätze einsparen und die Betroffenen schikaniert?

Warum werden Fünfzigjährige für die Arbeitslosigkeit bestraft und nicht der Unternehmer, für den sie sich 30 Jahre abgerackert haben?

Warum heißt Sozialhilfe Sozialhilfe, wenn sie nicht hilft, sondern demütigt?

Warum heißen Arbeitsämter Arbeitsämter? Warum bewerben sich nicht die Unternehmen bei den Erwerbslosen?

Wofür müssen sich die Erwerbslosen dauernd bewerben und schulen lassen, wenn „uns die Arbeit ausgeht?“

Warum haben Erwerbslose einen geringeren Urlaubsanspruch?

Warum bekommen sie immer weniger Geld, je länger sie ohne Arbeit sind anstatt mehr?

Warum werden nicht diejenigen schikaniert, die noch nie arbeiten mußten?

Wie sollen Sozialhilfebezieher „unter Androhung der Verelendung zur Arbeit gezwungen werden“, wenn sie bereits verelenden und keine Arbeit finden?

Wenn die Verwertbarkeit über unsere soziale Lage entscheidet, warum spielt die Wertschöpfung der Unternehmen keine Rolle in der Sozialversicherung?

Wenn wir in einer Zivilisation leben, warum haben Menschen ohne Arbeit kaum Anspruch auf Kultur und Bildung, auf Mobilität?

Warum ist es nicht gut, keine Arbeit zu haben?

Wenn Gesundheit als „physisches, psychisches und seelisches Wohlbefinden“ von der WHO definiert wird, warum gelten wir nicht alle als krank und werden behandelt?

Warum fühlen wir uns immer schlechter und gestreßter, obwohl der Krankenstand sinkt?

Warum kostet Fitneß Geld und sind gesündere Lebensmittel teuer?

Warum kann man wegen Krankheit entlassen werden, aber den Unternehmer bestraft keiner wegen krankmachender Arbeitsbedingungen?

Wird der gebrochene Arm eines Dauerarbeitslosen künftig noch eine Grundleistung der Krankenversicherung; wird der Herzinfarkt eines Sozialhilfebezieher behandelt? Warum ist die Gesundheit eines Professors wichtiger als die des Straßenkehrers?

Wie soll man sich um einen Dienstleistungsjob ohne Zähne bewerben?

Warum werden Krankenschwestern gemobbt, die auf ihre Gesundheit achten?

Warum wird ein Kranker mit Zuzahlungen und Lohnabschlägen bestraft, anstatt getröstet zu werden?

Wenn wir alle möglichst alt werden wollen, warum interessiert sich die Gesellschaft kaum für eine gerechte und ausreichende Rente?

Wenn wir vor dem Alter Respekt haben sollen, warum werden „unsere lieben Senioren“ wie unmündige behandelt und weggesperrt?

Warum soll man immer länger arbeiten, wenn schon Achtzehnjährige keine Arbeit finden? Warum werden Rentner bestraft, wenn sie immer mehr werden?

Warum schließlich heißt eine Sozialversicherung Sozialversicherung, wenn natürliche Lebensabläufe zu echten Lebensrisiken werden?

Warum bezahlen die Lohnabhängigen mehr für die Straßen, Krankenhäuser, den Umweltschutz, die Verwaltungen etc. als Unternehmer?

Warum soll für ein gutes Leben für alle kein Geld da sein, wenn immer weniger Menschen immer größere Außenhandelsüberschüsse erarbeiten können? Warum bezahlen nicht dessen Gewinner direkt die sog. Verlierer?

Wenn das nicht ausreichende Gründe zu Protest sind - es muß gar nicht mehr schlimmer kommen... Wer das kleinere Übel nicht bekämpft, kann sich über das größere nicht beschweren!